

Mandatsvereinbarung

BRANDT • WEINREICH & ABEL
Rechtsanwälte

werden von dem/der Auftraggeber/in mit der außergerichtlichen Vertretung in der Angelegenheit

beauftragt.

Die Vertretung bezieht sich nicht auf steuerliche Bestimmungen, diese werden von den Rechtsanwälten nicht geprüft.

Der/die Auftraggeber/in wurde darüber belehrt, dass sich die Gebühren der Rechtsanwälte nach dem Gegenstandswert berechnen.

Der/die Auftraggeber/in bestätigt darüber in Kenntnis gesetzt worden zu sein, dass – sofern er/sie Verbraucher/in ist und dieser Vereinbarung unter ausschließlicher Nutzung von Fernkommunikationsmitteln zustande kommt – sein/ihr **Widerrufsrecht erlischt**, wenn die Rechtsanwälte die Dienstleistung vollständig erbracht haben und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen haben, nachdem der/die Auftraggeber/in dazu seine/ihre ausdrückliche Zustimmung gegeben hat.

Ort, Datum:

Unterschrift
(Auftraggeber/in)

Unterschrift
(Rechtsanwalt/in)

Mandatsbedingungen

In Verbindung mit dem an die Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel erteilten Mandat/erteilten Vollmacht/Prozessvollmacht wird zwischen den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel und dem/der unterzeichneten Auftraggeber/in folgendes vereinbart:

1. Haftungsbegrenzung

Die Haftung der beauftragten Rechtsanwälte wird für alle Fälle leichter Fahrlässigkeit auf einen Höchstbetrag von 1,0 Millionen € (in Worten: eine Million EURO) beschränkt. Unberührt bleibt eine weitergehende Haftung der beauftragten Rechtsanwälte oder ihrer Erfüllungsgehilfen für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2. Versicherung höherer Haftungssummen

Wenn eine weitergehende Haftung gewünscht wird, so kann auf ausdrückliche Weisung des/der Auftraggebers/in und auf dessen/deren Kosten eine Einzelhaftpflichtversicherung zu einer höheren Haftungssumme abgeschlossen werden.

3. Haftungsausschlüsse

Keinerlei Haftung übernehmen die beauftragten Rechtsanwälte bei der Anwendung ausländischen Rechts, für nicht in deutscher Sprache abgefasste Texte sowie für telefonische Auskünfte, sofern letztere nicht unverzüglich schriftlich bestätigt werden. Die Vertretung bezieht sich nicht auf steuerrechtliche Bestimmungen; diese werden von den beauftragten Rechtsanwälten nicht geprüft.

4. Geltung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG)/Abhängigkeit der Gebühr vom Gegenstandswert

a) Es besteht Einigkeit darüber, dass, sofern keine gesonderte Vergütungsvereinbarung mit dem/der Auftraggeber/in getroffen ist, die Gebühren der Rechtsanwälte sich nach den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes bestimmen.

Der/die Auftraggeber/in wurde belehrt und ist insoweit damit einverstanden, dass die vorgenannten Gebühren abhängig vom Gegenstandswert der Angelegenheit abgerechnet werden.

Es besteht Einigkeit darüber, dass die Rechtsanwälte grundsätzlich zunächst mit der außergerichtlichen Vertretung beauftragt werden; es sei denn, es wird ausdrücklich sofort Prozessvollmacht erteilt.

b) Für **Beratungshilfemandate** gilt Folgendes: Die beauftragten Rechtsanwälte können die Aufhebung der dem/der Auftraggeber/in bewilligten Beratungshilfe beantragen, wenn der/die Auftraggeber/in aufgrund der Beratung oder Vertretung, für die ihm Beratungshilfe bewilligt wurde, etwas erlangt hat. Dann können die beauftragten Rechtsanwälte von dem/der Auftraggeber/in Vergütung nach den allgemeinen Vorschriften verlangen.

5. Datenübermittlung/Korrespondenz per E-Mail

a) Der/die Auftraggeber/in ist damit einverstanden, dass zum Zwecke der Kommunikationserleichterung in sämtlichen bearbeiteten Angelegenheiten – soweit der Auftraggeber im Einzelfall nicht ausdrücklich **schriftlich** ein Abweichen von dieser Regelung wünscht – Dokumente und Daten auch per unverschlüsselter E-Mail im Internet versandt werden können.

b) Dem/der Auftraggeber/in ist bekannt, dass mit der Datenübertragung per E-Mail erhebliche Sicherheitsrisiken (z.B. Bekanntwerden der Daten durch Zugriff Dritter, Datenverluste, Virenübertragung, Übersendungsfehler, Übersendungsausfall, etc.) verbunden sind.

c) Für den E-Mail-Verkehr zwischen Auftraggeber/in und den beauftragten Rechtsanwälten oder mit Dritten im Rahmen der im einzelnen erteilten Aufträge wird den beauftragten Rechtsanwälten hiermit unter Inkaufnahme der oben aufgeführten Gefahren ausdrücklich erlaubt, Daten per E-Mail zu versenden.

d) Da E-Mails bei der Übertragung einem Zugriff durch Dritte unterliegen können, werden die beauftragten Rechtsanwälte insofern von der anwaltlichen Schweigepflicht entbunden.

e) Der Versender einer E-Mail übernimmt das Zustellungs- und Kenntnisnahmerisiko. Wichtige Erklärungen sollen nicht per E-Mail übermittelt werden.

f) Gegenüber den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel abgegebene Willenserklärungen des/der Auftraggebers/in (z.B. Anweisungen) sind nur verbindlich, wenn sie in der üblichen – unterschriebenen – schriftlichen Form oder versehen mit einer digitalen Signatur abgegeben wurden, die gemäß § 2 Nr.1, 2 Signaturgesetz (SigG) mit einem Signaturschlüssel-Zertifikat einer Zertifizierungsstelle oder der Regulierungsbehörde gemäß §§ 3 SigG, 66 TKG versehen ist.

g) Auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, die sich gegenüber den Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel aus der Nutzung des E-Mail-Versandes unmittelbar oder mittelbar aus einem Ausfall der E-Mail-Nutzungsmöglichkeit ergeben können, wird hiermit ausdrücklich verzichtet.

6. Zuständige Verbraucherschlichtungsstelle

Für vermögensrechtliche Streitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft, Neue Grünstraße 17, 10179 Berlin, www.s-d-r.org, zuständig. Die Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel sind grundsätzlich bereit, an Streitbeilegungsverfahren bei der Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft teilzunehmen.

7. Widerrufsrecht im Fernabsatz

Verbrauchern steht ein Widerrufsrecht zu, sofern der Mandatsvertrag ausschließlich unter Nutzung von Fernkommunikationsmitteln abgeschlossen wurde. Verbraucher im Sinne des § 13 BGB ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Der Verbraucher erhält für jedes erteilte Mandat eine separate Widerrufsbelehrung.

8. Die Unwirksamkeit eines Teils dieser Mandatsbedingungen berührt nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.

Die beauftragten Rechtsanwälte sind befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des jeweiligen Mandats die anvertrauten personenbezogenen Daten des/der Auftraggebers/in unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten.

Es wird dazu auf die anliegenden Hinweise der beauftragten Rechtsanwälte zur Datenverarbeitung verwiesen.

Der/die Auftraggeber/in bestätigt, die Hinweise zur Datenverarbeitung zur Kenntnis genommen und ausgehändigt bekommen zu haben.

Ort, Datum

Unterschrift
Auftraggeber/in

Unterschrift
Rechtsanwälte

Anlage:
Hinweise zur Datenverarbeitung

Widerrufsbelehrung / Widerrufsrecht

in Sachen _____

wegen _____

Als Verbraucher/in haben Sie das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Mandatsvertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag des Vertragsschlusses. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie die

Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel

Standort **Waren**: Siegfried-Marcus-Straße 45, 17192 Waren (Müritz); tel. 03991/64300 oder

Standort **Neubrandenburg**: Südbahnstraße 2, 17033 Neubrandenburg; tel. 0395/569190 oder

Standort **Malchin**: Walter-Block-Straße 13, 17139 Malchin; tel. 03994/211555

Fax: 03991/643030

E-Mail: info@rae-brandt-weinreich.de

mittels einer eindeutigen Erklärung (zum Beispiel ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss diesen Vertrag zu widerrufen informieren. Sie können dafür das nachfolgende Muster-Widerrufsformular verwenden, welches jedoch nicht vorgeschrieben ist. Dieses können Sie zum Beispiel einfach in eine E-Mail kopieren und verwenden. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Ihnen alle Zahlungen, die wir von Ihnen erhalten haben, einschließlich etwaiger Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über ihren Widerruf dieses Vertrages bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde vorher ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

Hinweis zum Erlöschen des Widerrufsrechts:

Das Widerrufsrecht erlischt spätestens zwölf Monate und 14 Tage nach dem in § 356 Absatz 2 BGB oder § 355 Absatz 2 Satz 2 BGB genannten Zeitpunkt.

Hinweis zum vorzeitigen Erlöschen des Widerrufsrechts (§ 356 Abs. 4 BGB):

Das Widerrufsrecht erlischt bei einem Vertrag zur Erbringung von Dienstleistungen auch dann, wenn der Unternehmer die Dienstleistung vollständig erbracht hat und mit der Ausführung der Dienstleistung erst begonnen hat, nachdem der Verbraucher dazu seine ausdrückliche Zustimmung gegeben hat und gleichzeitig seine Kenntnis davon bestätigt hat, dass er sein Widerrufsrecht bei vollständiger Vertragserfüllung durch den Unternehmer verliert.

Hinweis zum Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Leistung (§ 357 Abs. 8 BGB):

Widerruft der Verbraucher einen Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen, so schuldet der Verbraucher dem Unternehmer Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Leistung, wenn der Verbraucher von dem Unternehmer ausdrücklich verlangt hat, dass dieser mit der Leistung vor Ablauf der Widerrufsfrist beginnt.

Muster-Widerrufsformular

Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück an

Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel

Standort **Waren**: Siegfried-Marcus-Straße 45, 17192 Waren (Müritz); tel. 03991/64300 oder

Standort **Neubrandenburg**: Südbahnstraße 2, 17033 Neubrandenburg; tel. 0395/569190 oder

Standort **Malchin**: Walter-Block-Straße 13, 17139 Malchin; tel. 03994/211555

E-Mail: info@rae-brandt-weinreich.de

Die Verwendung dieses Formulars ist nicht zwingend.

Hiermit widerrufe(n) ich/wir(*) den von mir/uns(*) abgeschlossenen Vertrag über die Erbringung der folgenden Dienstleistung(*)

bestellt am(*) / erhalten am(*)

_____.

Name des/der Verbraucher/in

Anschrift des/der Verbraucher/in

Datum Unterschrift des/der Verbraucher/in (nur bei Mitteilung auf Papier)

(*) Unzutreffendes streichen.

Der/die Auftraggeber/in bestätigt, die vorstehende Widerrufsbelehrung nebst Muster-Widerrufsformular erhalten und zur Kenntnis genommen zu haben.

Ort, Datum

Unterschrift
Auftraggeber/in



Außergerichtliche Vollmacht

wird hiermit Vollmacht zur außergerichtlichen Vertretung erteilt

in der Angelegenheit

gegen

wegen

und etwaige weitere Beteiligte. Die Vollmacht ermächtigt insbesondere

1. zu außergerichtlichen Verhandlungen aller Art, zum Abschluss eines Vergleiches zur Vermeidung eines Rechtsstreites;
2. in Unfallsachen zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer;
3. zur Entgegennahme von Zahlungen, Wertsachen und Urkunden;
4. zur Stellung von Strafanträgen sowie zu deren Rücknahme, zur Vertretung als Nebenkläger in einem Strafverfahren;
5. zur Akteneinsicht;
6. zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen, zur Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der oben unter „wegen...“ genannten Angelegenheit.

Ich stimme ausdrücklich zu, dass bereits vor Ablauf einer etwaigen gesetzlichen 14-tägigen Widerrufsfrist mit der anwaltlichen Tätigkeit begonnen wird.

Ich stimme einer Tätigkeit der Rechtsanwälte vor Ablauf einer etwaigen gesetzlichen Widerrufsfrist nicht zu. Ich nehme zur Kenntnis, dass mir insoweit rechtliche Nachteile entstehen können.

Sofern keine Auswahl getroffen wird, wird erst nach Ablauf einer Widerrufsfrist mit der Tätigkeit begonnen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel, Siegfried-Marcus-Str. 45, D-17192 Waren (Müritz), Deutschland Email: info@rae-brandt-weinreich.de Telefon: +49 (0)3991 – 64300 Fax: +49 (0)3991 – 643030

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte der Rechtsanwälte Brandt, Weinreich & Abel ist unter der o.g. Anschrift, zu Hd. Rechtsanwalt Volker Weinreich, beziehungsweise unter volker.weinreich@rae-brandt-weinreich.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Geburtsdatum
- Bankverbindung
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren

Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@rae-brandt-weinreich.de

**Fragebogen für Anspruchsteller (Geschädigte)**

1.1 Name: _____

1.2 Berufliche Tätigkeit: _____

1.3 Anschrift: _____

Tel./E-Mail: _____

1.4 IBAN: _____ BIC: _____ bei: _____

Kontoinhaber: _____

1.5 Fahrer: _____

2.1 Name: _____

2.2 Anschrift: _____

2.3 Versichert bei: _____ **2.4** Vers.-Nr.: _____

2.5 amtliches Kennzeichen: _____ **2.6** Name des Fahrers: _____

2.7 Anschrift des Fahrers: _____

3.1 Unfallort: _____ Unfalltag: _____ Unfallzeit: _____

3.2 Unfallschilderung mit Skizze (ggf. gesondertes Blatt)

3.3 Weitere am Unfall beteiligte Verkehrsteilnehmer (Name, Anschrift, amtliches Kennzeichen des Fahrzeuges): _____

3.4 Unfallzeugen mit Namen und Anschrift: _____

3.5 Unfallaufnehmende Polizeidienststelle: _____

4. Bei Ansprüchen wegen Sachschäden

4.1. Was wurde beschädigt? _____

4.2 Wer ist Eigentümer der beschädigten Sache, evtl. Leasinggeber? _____

4.3 Besteht Vorsteuerabzugsberechtigung? Ja () Nein ()

4.4 Voraussichtliche Höhe der unfallbeteiligten Wiederherstellungskosten und Belege (Gutachten, Kostenvoranschlag, Rechnungen pp.): _____

4.5 Die beschädigte Sache kann besichtigt werden bei: _____

5. Bei beschädigten Kraftfahrzeugen

5.1. Typ: _____ Erstzulassung: _____ km-Stand: _____
Fahrgestell-Nr.: _____ Fahrz.-Ident-Nr.: _____ amtl. Kennz.: _____

5.2 Durch welche Gesellschaft und unter welcher Versicherungsschein-Nr. war das Fahrzeug zur Zeit des Unfalls versichert?:

Haftpflichtversicherung: _____

Vollkaskoversicherung: _____ Selbstbeteiligung: _____ Nr.: _____

Teilkaskoversicherung: _____ Selbstbeteiligung: _____ Nr.: _____

Rechtsschutzversicherung: _____ Nr.: _____

Falls kein Totalschaden vorliegt, wird unter Hinweis auf die Schadensminderungspflicht sofortige Durchführung der Reparatur empfohlen. Ein Schaden, der durch verspätete Reparatur entsteht, geht nicht zu Lasten des Schädigers. Bei Auftragserteilung ist die Reparaturwerkstatt darauf hinzuweisen, dass die Rechnung unter Berücksichtigung der Arbeitswertlisten der Hersteller auszustellen ist.

6. Bei Ansprüchen wegen Personenschäden

6.1 Geburtsdatum: _____ Familienstand: _____

Zahl und Alter der Kinder: _____

6.2 Ausgeübter Beruf: _____ Selbstständig ja () nein ()

Monatliches Nettoeinkommen: _____

6.3 Name des Arbeitgebers: _____

6.4 Anschrift: _____

6.5 Bezieht der Verletzte unabhängig von diesem Unfall eine Rente? Ja () Nein ()

von wem? _____ monatlich: _____

7.1 Art und Umfang der Verletzung: _____

7.2 Sicherheitsgurte angelegt? Ja () Nein ()

7.3 Krankenhausaufenthalt von: _____ bis (voraussichtlich): _____

7.4 Name und Anschrift des Krankenhauses: _____

7.5 Ambulant behandelnde Ärzte: _____

7.6 Ist der Verletzte hauskrank geschrieben? Ja () Nein ()

von: _____ bis (voraussichtlich): _____

7.7 Krankenkasse des Verletzten: _____

7.8 Ereignete sich der Unfall auf dem Weg von oder zu der Arbeit oder während der Arbeit?

Ja () Nein ()

7.9 Zuständige Berufsgenossenschaft: _____

7.10 Ist der Verletzte rentenversichert? Ja () Nein ()

7.11 Rentenversicherungsanstalt: _____

(Ort, Datum)

(Unterschrift)



Erklärung über die Entbindung von der Schweigepflicht der Heilberufe

1. Den/die nachfolgend benannten Arzt/Ärzte, Zahnarzt/Zahnärzte und/oder Angehörigen anderer Heilberufe sowie Bediensteten von Krankenanstalten und Behörden

(genauer Name, Vorname, Anschrift der Ärzte usw.)

entbinde ich

(genauer Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum)

hiermit von seiner/ihrer gesetzlichen und vertraglichen Schweigepflicht unter der Bedingung, dass die Auskünfte nur schriftlich erteilt und den von mir beauftragten Rechtsanwälten Brandt, Weinreich & Abel, auf deren Anforderung in Kopie zugesandt werden an nachfolgende Anschrift:

- Siegfried-Marcus-Straße 45, 17192 Waren (Müritz)
- Walter-Block-Straße 13, 17139 Malchin
- Südbahnstraße 2, 17033 Neubrandenburg

2. Anlass für die Notwendigkeit dieser freiwillig abgegebenen Erklärung ist die Geltendmachung von Schmerzensgeldansprüchen aus dem Unfall/Vorfall vom _____ .
3. Der bzw. die unter 1. genannten Angehörige(n) der Heilberufe sowie Bedienstete(n) von Krankenanstalten und Behörden ist/sind befugt, allen als Beteiligte in Betracht kommenden Versicherungsgesellschaften, Gerichten, Rechtsanwälten/Rechtsanwältinnen und Sozialleistungsträgern über alle Umstände – einschließlich Vorerkrankungen – Auskunft zu geben, die mit dem vorbenannten Anlass im Zusammenhang stehen oder stehen können. Diese Erklärung gilt über meinen Tod hinaus.

(Ort, Datum)

(Unterschrift, ggf. gesetzlicher Vertreter)